

Allgemeine Grunddividende

Andreas Koch

FB Soziologie und Sozialgeographie

Zentrum für Ethik und Armutforschung



- Relevante Targets von SDG 1 und SDG 10
- Zahlen zu Armut und Ungleichheit
- Probleme:
 - Funktionalisierung von Armut und Ungleichheit
 - Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit der sozialökologischen Transformation
- Folgen für die Debatten zu den Kehrtwenden
 - Arbeiten
 - (Wohnen)
- Einordnung der Idee der Grunddividende



Target 1.3, das die Einführung oder Weiterentwicklung sozialer Schutzsysteme, einschließlich eines Basisschutzes, verlangt

Target 10.4, das fordert, gleichheitsfördernde politische Maßnahmen in den Bereichen Lohnpolitik, Steuern und Sozialschutz zu ergreifen

Zahlen zu Armut und Ungleichheit (2020)

Deutschland:

Erhebliche materielle Deprivation: 2,6 %

Armutsgefährdung: 18,5 % (1.173 €)

Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität: 8,1 %

Österreich:

Erhebliche materielle Deprivation: 2,7 %

Armutsgefährdung: 13,9 % (1.328 €)

Haushalte mit keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität: 7,1 %

Quellen:

https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Lebensbedingungen-Armutsgefaehrung/_inhalt.html

<https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Armut/Materielle-Deprivation/materielle-deprivation.html>

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html

Vermögensverteilung in Deutschland (2019):

Gini-Koeffizient: 0,83

Vermögensreichste 1 % verfügt über 35 % des individuellen Nettovermögens

Vermögensärmste Viertel hat kein oder sogar negatives Vermögen

Anteile der individuellen Nettovermögen am Nettogesamtvermögen 2012 und 2017

In Prozent

Dezile	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
2012	-1,2	0,0	0,1	0,5	1,5	3,6	7,1	11,9	19,1	57,3
2017	-1,2	0,0	0,2	0,7	1,7	3,8	7,2	12,0	19,5	56,1

Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2017, S. 507 und Grabka, Halbmeier 2019, S. 739 (SOEP).

Quelle: Bäcker G., Kistler E. für bpb (2021): <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/verteilung-von-armut-reichtum/270831/methodische-fragen> und <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/verteilung-von-armut-reichtum/270839/verteilungskennziffern-im-vergleich>

Einkommensverteilung in Deutschland (2016):

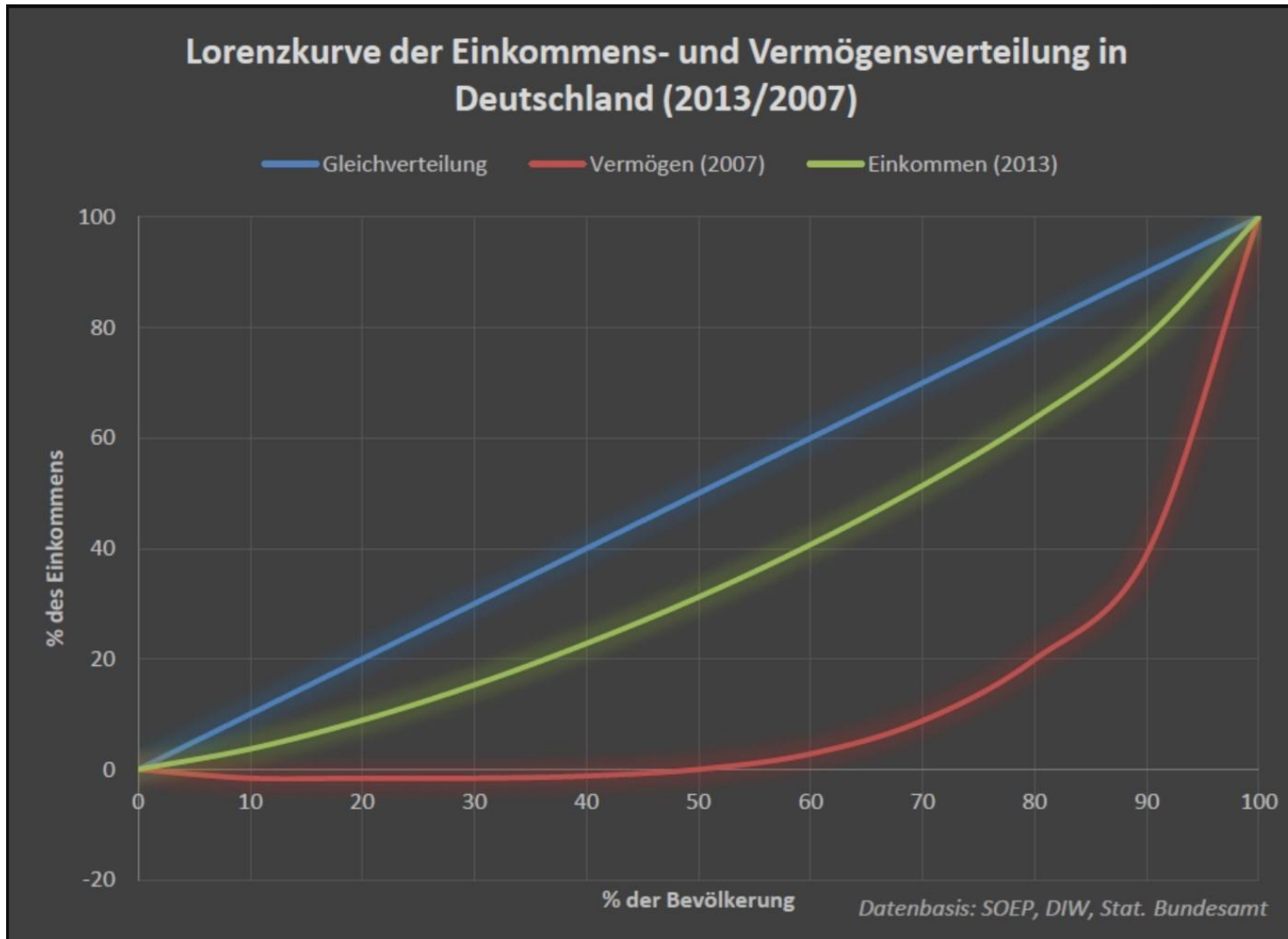
Gini-Koeffizient: 0,297 (verfügbare Einkommen, 2019)

Nettoäquivalenzeinkommen der privaten Haushalte 1992 bis 2016

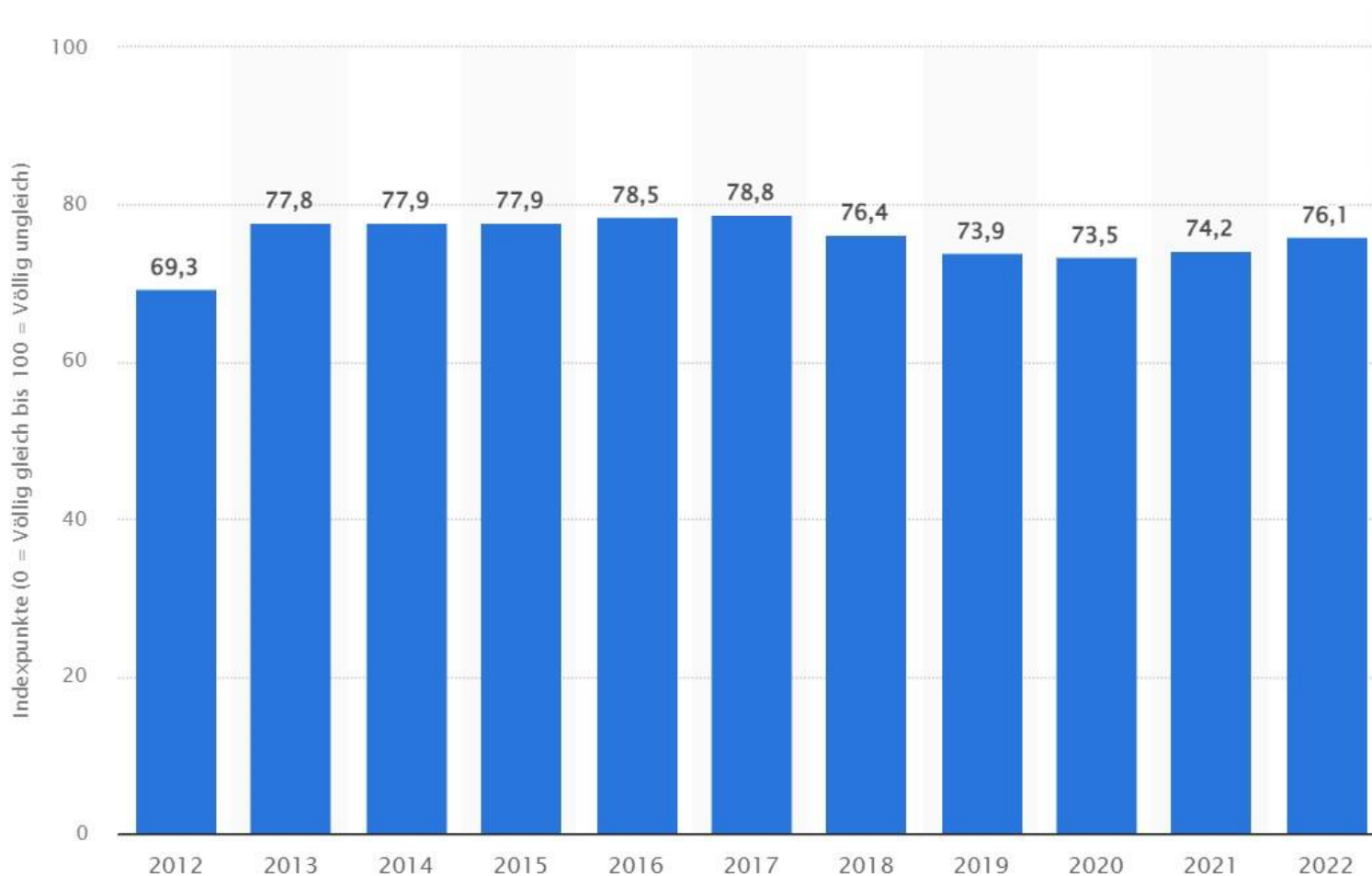
	Perioden				Jahre		
	1995 -1999	2000 - 2004	2006 - 2009	2010 - 2014	1996	2015	2016
Median des Äquivalenzeinkommens (real, zu Preisen von 2016, in €)							
im Monat	1.389	1.447	1.416	1.492	1.399	1.546	1.600
im Vorjahr	18.8832	19.801	19.718	20.083	18.828	20.103	20.580
Einkommensanteile (Quintile) (Äquivalenzeinkommen im Monat)							
untere 20 Prozent	10,1	9,8	9,4	9,2	10,0	9,0	8,9
obere 20 Prozent	34,5	35,6	36,7	36,7	35,0	36,7	36,6

Quelle: Kott 2018, S.241 (SOEP).

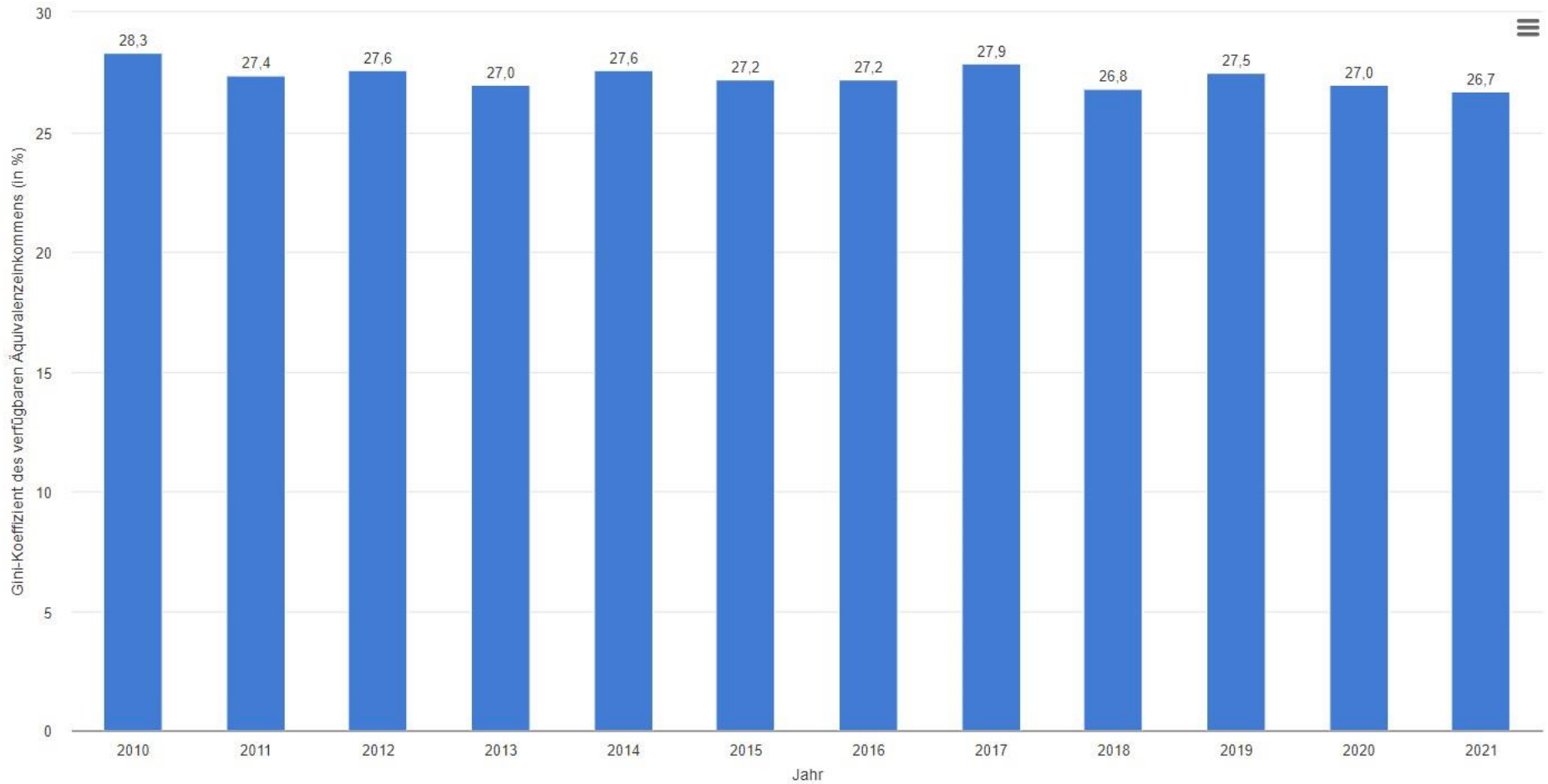
Zahlen zu Armut und Ungleichheit



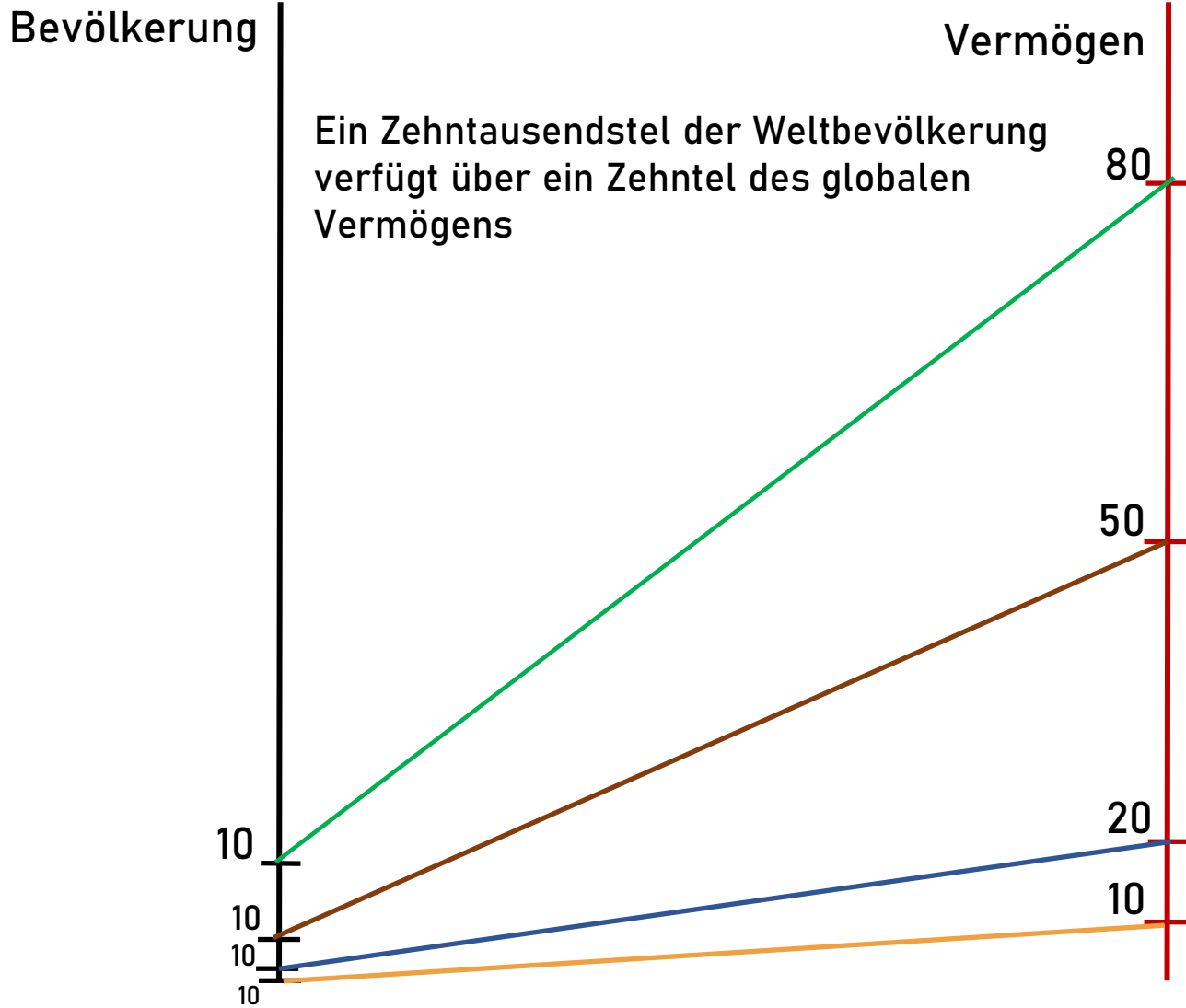
Vermögensverteilung in Österreich



Einkommensverteilung in Österreich



Zahlen zu Armut und Ungleichheit (global)



Kritik der Funktionalisierung (Kontext Deutschland und Österreich)

„Es gibt hinreichend Belege dafür, daß Armut als Mittel zum Zweck sozialen Wohlverhaltens unter sich ändernden gesellschaftlichen Werthierarchien (Religion → soziale Ordnung → staatliche Ordnung → Produktion → Konsum) ‚benutzt‘ wurde und somit auch ein Herrschaftsinstrument darstellte. [...] Unter diesen Vorzeichen hat sich im Umgang mit Armut wenig geändert [...]“

Kritik der Funktionalisierung (Kontext Deutschland und Österreich)

- Definition eines Existenzminimums
- Festlegung auf Regelsätze
- Lohnabstandsgebot
- Missbrauchsverdacht
- Aktivierung für ersten Arbeitsmarkt

Kritik der Funktionalisierung

Periode	Gesell./Politischer Status von Armut	Folgen
11./12. Jh.	Armut als Mittel zum Seelenheil	Armut als Tauschwert und als moralischer Zustand
13./14. Jh.	Armut als Statusgefahr	Armut als unmoralischer Zustand
16. Jh.	Armut als Ordnungsgefahr	Armut im Kontext des Arbeitsethos'
17. Jh.	Armut als Wirtschaftsfaktor	Ausbeutung der Armen
18. Jh.	Armut als Masseneffekt in kapitalistischer Produktion	Tauschwert der Arbeitskraft als Ware
19./20. Jh.	Armut als Fürsorgebezug	Sozialstaat (zunächst Zentralisierung, dann Dezentralisierung)
1960/70er	Armut als Folge von Wirtschaftskrisen	Kommunalisierung und Rückbau sozialstaatlicher Leistungen
1980/90er	Armut als Residualkategorie	Privatisierung sozialer Risiken
2000er	Armut als Vulnerabilitätsgefahr	Austeritätspolitik; Hartz IV, Rentenreform;

Kritik der Nachhaltigkeitspraxis

Politik der Nicht-Nachhaltigkeit in positiver Wechselwirkung mit einer Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit

- Gerechtigkeits- und Gleichheitsprinzipien werden in Frage gestellt
- Grund- und Menschenrechte werden ausgesetzt
- Soziale Exklusionen werden offen propagiert

Legitimiert durch „*unsere Freiheit, unsere Werte und unseren Lebensstil*“

„Denn gerade die in vielfacher Hinsicht privilegierten, moralischen und umweltbewussten Mittelschichten gehören ökologisch gesehen zweifellos zu den Tätern (...)“ (S. 22)

Kritik der Nachhaltigkeitspraxis

Politik der Nicht-Nachhaltigkeit in positiver Wechselwirkung mit einer **Gesellschaft der Nicht-Nachhaltigkeit**

Kritik an der Konsumkritik (LOHAS, Fair-Trade-Bewegungen, etc.) →

Sind Konsument*innen (Kund*innen) der entscheidende Hebel zur Realisierung der Nachhaltigkeitsziele?

Folgen für die Nachhaltigkeits- und Ungleichheitsdebatten

Entflechtung von Arbeit und Essen (sozialer Teilhabe)

- unbedingte Verknüpfung von Arbeit und Essen als „Ergebnis politischen Eingriffs“ (Zwang)
- bedingte Verknüpfung von Arbeit und Essen durch sozialstaatliche Sicherungsmaßnahmen
- Entflechtung von Arbeit und Essen durch
 - Bedingungsloses Grundeinkommen
 - Solidarische Bürgerversicherung

Bedingungsloses Grundeinkommen

„Ein Grundeinkommen ist ein allen Menschen von der Wiege bis zur Bahre zustehender individueller Rechtsanspruch auf eine die Existenz sichernde und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichende Geldleistung, die keinen Zwang zur Arbeit oder Gegenleistung oder eine Bedürftigkeitsprüfung [...] kennt“

Emanzipatorisch ist das Grundeinkommen, weil es *allen* Menschen die Freiheit von fremder Herrschaft und Freiheit zu Selbstbestimmung und Fähigkeitsentwicklung zugesteht.

Bedingungsloses Grundeinkommen

- (i) ein allen deutschen Staatsbürgern zu zahlendes Einkommen, das der Höhe des politisch zu bestimmenden soziokulturellen Existenzminimums entspricht;
- (ii) ein Einkommen, das ohne Gegenleistung steuerfrei gezahlt wird;
- (iii) ein Einkommen, dessen Finanzierung sich über eine einheitliche Einkommensteuer für alle über das Grundeinkommenden hinausgehenden Einkünfte erstreckt, also inklusive Kapitalerträge, Mieten, Lizenzeinnahmen, Tantiemen, etc..

Mit dem Grundeinkommen werden zudem sämtliche steuer- und abgaben-finanzierten Sozialleistungen abgeschafft, es „[...] gibt weder gesetzliche Renten- und Arbeitslosenversicherung noch Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Wohn- und Kindergeld.

Die heute zu leistenden Beiträge an die Sozialversicherungen entfallen vollständig.

[...] Die Sozialversicherungen werden abgeschafft“ (Straubhaar, 100f.).

Kritik der Grundannahmen des BGE

- das Emanzipationsversprechen
 - erweitert sich individuelle Eigenständigkeit zu sozial-normativen Werthaltungen?
 - steigt die Wertschätzung für Reproduktionsarbeiten?
 - werden diese nun vermehrt von Männern geleistet?
 - setzt sich die kapitalistische Werttheorie im Care-Sektor fort?

Kritik der Grundannahmen des BGE

- **das Selbstbestimmungsversprechen**
 - gilt das für alle Einkommensschichten?
 - gilt das für alle sozialen Klassen/Schichten?
 - wird das ökonomische Kapital ggü. sozialem und kulturellem Kapital überbewertet?
 - führt das BGE umstandslos zu sozialer Anerkennung der Person?

Kritik der Grundannahmen des BGE

- das Solidaritätsversprechen
 - gilt das unter Wegfall der Sozialversicherungsleistungen?
 - ist solidarisches handeln dauerhaft (→ Corona)?
 - sind Krisen sozial homogen?
 - sind Krisen räumlich homogen?

Bürgerversicherung und bedarfsorientierte Grundsicherung (BV)

Allgemeine, einheitliche, solidarische Bürgerversicherung:

- **allgemein:** alle Versicherungskomponenten werden gleich organisiert
- **einheitlich:** nur gesetzliche Versicherungsleistungen (private Zusatzleistungen sind möglich)
- **solidarisch:** alle Einkünfte ohne Beitragsbemessungsgrenze werden herangezogen

Bürgerversicherung und bedarfsorientierte Grundsicherung (BV)

Armutgefährdungsschwelle in Österreich: 1.392 €¹ (1-Pers-Hh)

- Mindestsicherung² variiert zwischen 614 € Burgenland und 841 € Steiermark → allg. viel zu niedrig
- Regionale Anpassung erkennbar

Bundesland	Monatliche Leistungshöhe je Bedarfsgemeinschaft (Euro) 2022
Burgenland	614
Kärnten	667
Niederösterreich	663
Oberösterreich	619
Salzburg	644
Steiermark	841
Tirol	821
Vorarlberg	817
Wien	748

1 im Jahr 2023
2 im Jahr 2022

Armutgefährdungsschwelle in Österreich: 1.392 € (1-Pers-Hh)

- Angepasst an Lebenshaltungskosten?
Salzburg: 644 € Mindestsicherung
- Bezugsgröße: Wohnbevölkerung, Beitragszahler*innen?
- Verhältnis BV / (BGE) zu Einkommenshöhe umgekehrt proportional
- Verhältnis BV / (BGE) zu Kaufkraft direkt proportional

Arbeiten / Wohnen als Gesellschaftsprojekt

- (Re-)Kommunalisierung, genossenschaftliche Projekte
- Reproduktionsarbeit, Zeit als Währung, allgemeine Grundsicherung

Dekommodifizierung, Lokalisierung

Wie wollen wir wohnen?
Wie wollen wir arbeiten?
Wie wollen wir uns versorgen?

Gesellschaft als Nachhaltigkeitsprojekt

Wohnen als Gesellschaftsprojekt

KooWo Volkersdorf bei Graz



- 28 Parteien, eine solidarische Wohneinheit
- Regionale Energieversorgung
- Subsistenzlandwirtschaft
- Co-Working
- Wohnen ohne Rendite
- Gemeinwohlorientierung

Arbeiten / Wohnen als Gesellschaftsprojekt

- Commons und Commoning
- Flexibilisierung/Erweiterung des Arbeitsbegriffes
- Entbürokratisierung / De-Funktionalisierung von Armut und Ungleichheit
- Einbeziehung von „Betroffenen“

- Flexible Wohnformen (jenseits der bürgerlichen Kleinfamilie)
- Nutzung von Wohnungs- und Gewerbeleerstand
- Verbindliche Regionalplanung im Wohnbau
- Abschöpfung von Widmungsgewinnen

Zum Schluss

Unmöglich ist das,
dem es widerspricht,
zu sein

Möglich ist das, dem
es nicht widerspricht,
zu sein

Zufällig ist das, dem
es nicht widerspricht,
nicht zu sein

Notwendig ist das,
dem es widerspricht,
nicht zu sein

▼ AVERAGE PERFORMANCE BY SDG



Global perspective:
Germany: ranked 4th (165)

▼ SDG DASHBOARDS AND TRENDS



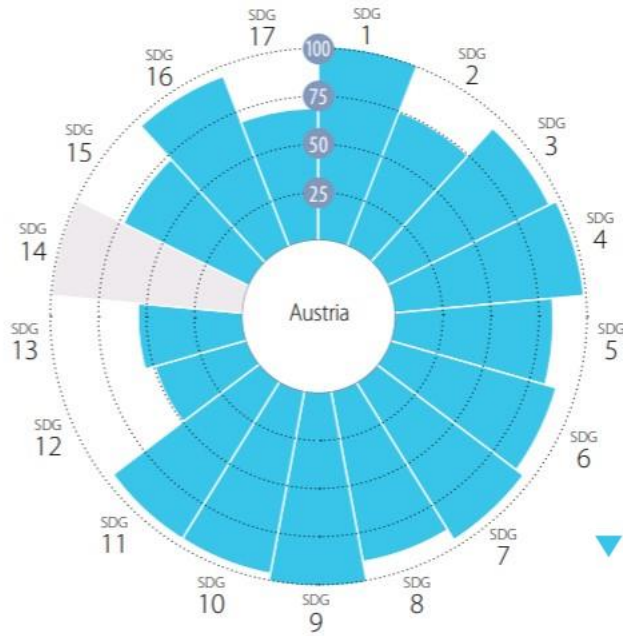
■ Major challenges
 ■ Significant challenges
 ■ Challenges remain
 ■ SDG achieved
 ■ Information unavailable
↓ Decreasing
 → Stagnating
 ↗ Moderately improving
 ↑ On track or maintaining SDG achievement
 ● Information unavailable

Notes: The full title of Goal 2 "Zero Hunger" is "End hunger, achieve food security and improved nutrition and promote sustainable agriculture".
 The full title of each SDG is available here: <https://sustainabledevelopment.un.org/topics/sustainabledevelopmentgoals>

Source: Sustainable Development Report 2021:

<https://s3.amazonaws.com/sustainabledevelopment.report/2021/2021-sustainable-development-report.pdf>

▼ AVERAGE PERFORMANCE BY SDG



Global perspective:
Austria: ranked 6th (165)

▼ SDG DASHBOARDS AND TRENDS

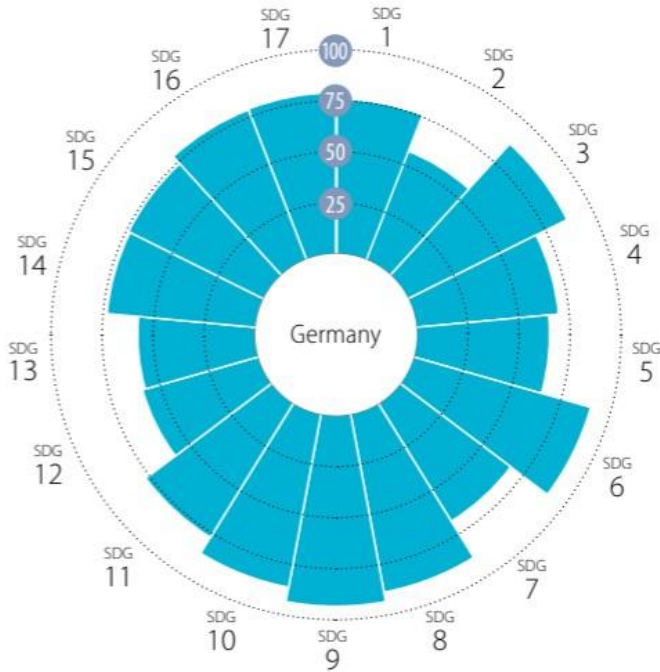


Notes: The full title of Goal 2 "Zero Hunger" is "End hunger, achieve food security and improved nutrition and promote sustainable agriculture".
 The full title of each SDG is available here: <https://sustainabledevelopment.un.org/topics/sustainabledevelopmentgoals>

Source: Sustainable Development Report 2021:

<https://s3.amazonaws.com/sustainabledevelopment.report/2021/2021-sustainable-development-report.pdf>

▼ Performance by SDG



European perspective:
Germany: ranked 6th (31)

▼ Current Assessment – SDG Dashboard

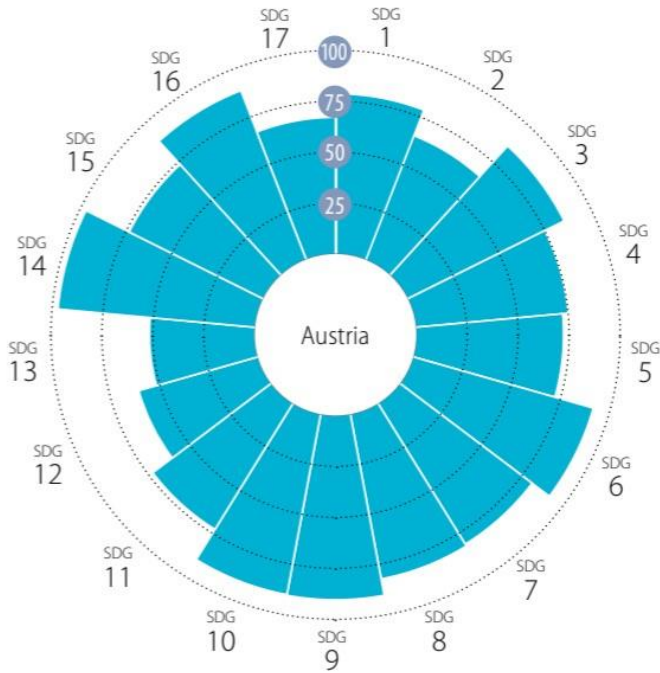
10 SDG 9 8



Source: Europe Sustainable Development Report 2020:

https://s3.amazonaws.com/sustainabledevelopment.report/2020/europe_sustainable_development_report_2020.pdf

▼ Performance by SDG



European perspective:
Austria: ranked 4th (31)

▼ Current Assessment – SDG Dashboard

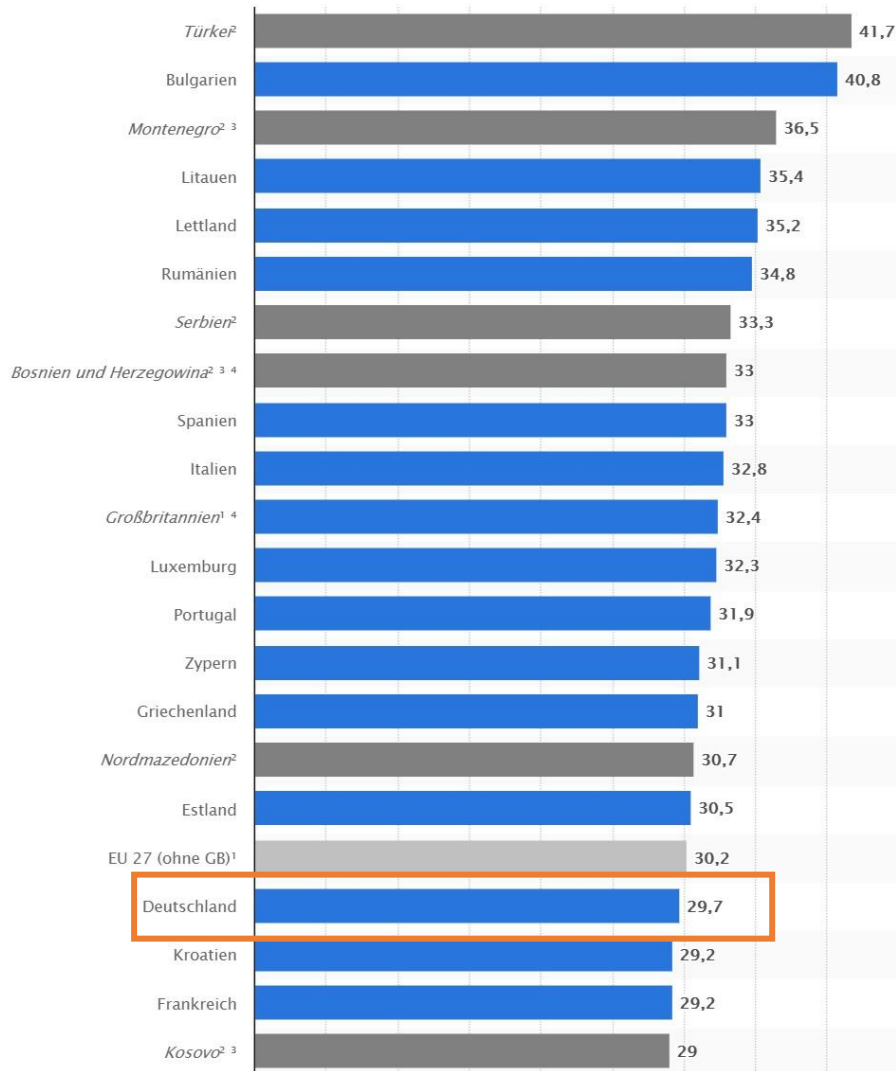
10 9 8



Source: Europe Sustainable Development Report 2020:

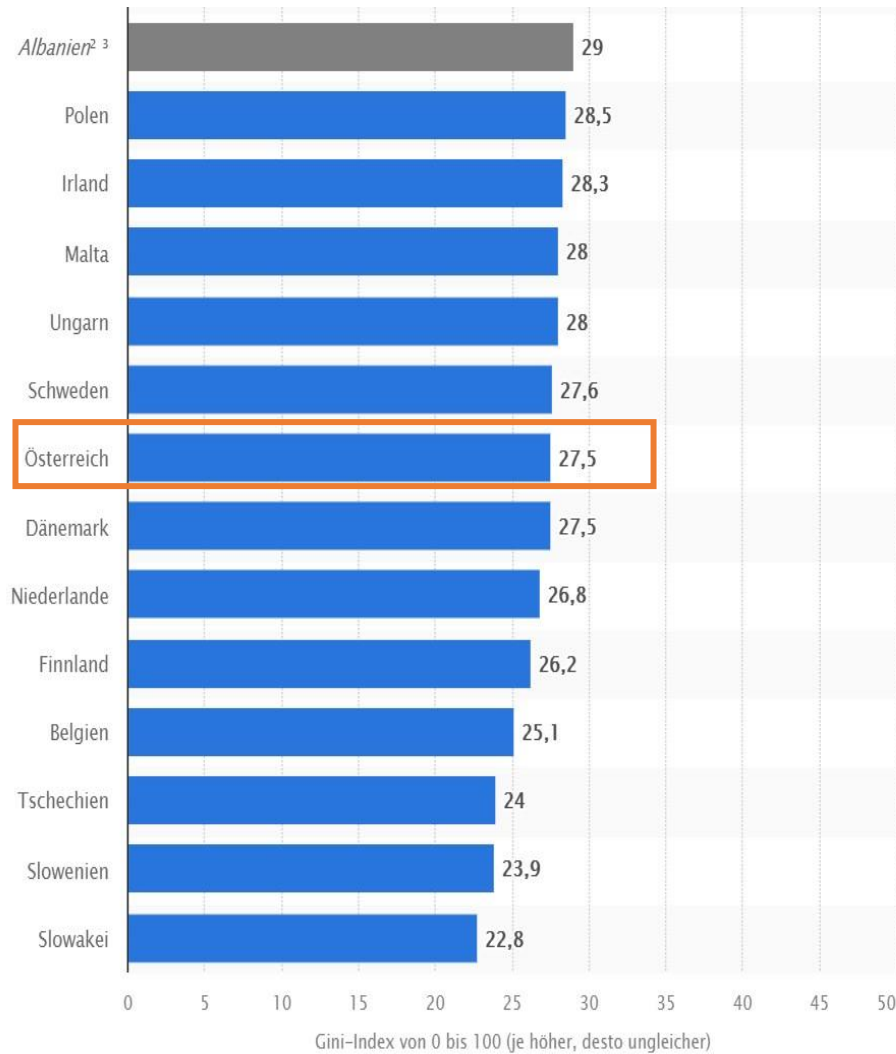
https://s3.amazonaws.com/sustainabledevelopment.report/2020/europe_sustainable_development_report_2020.pdf

Zahlen zu Armut und Ungleichheit



Ungleichheit der Einkommensverteilung nach Gini-Index 2019

Zahlen zu Armut und Ungleichheit



Ungleichheit der Einkommensverteilung nach Gini-Index 2019

Kritik der Funktionalisierung

- Hartz IV (Deutschland, 2020)
 - 784 € (434 € + 350 €; Regelsatz und Kosten der Unterkunft) für alleinstehende Person¹ << 1.074 € (Armutgefährdungsschwelle)
 - 1.296 € (801 € + 495 € für alleinerziehende Person mit einem Kind ~ 1.396 € (Armutgefährdungsschwelle)
- Rentenreform (Deutschland)
 - umlage- und kapitalgedeckte Finanzierung
- Bedarfsorientierte Mindestsicherung (Österreich)
 - 949 € für alleinstehende Person << 1.328 €
 - 1.424 € für 2-Personen-Haushalt << 1.992 €

¹nach Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

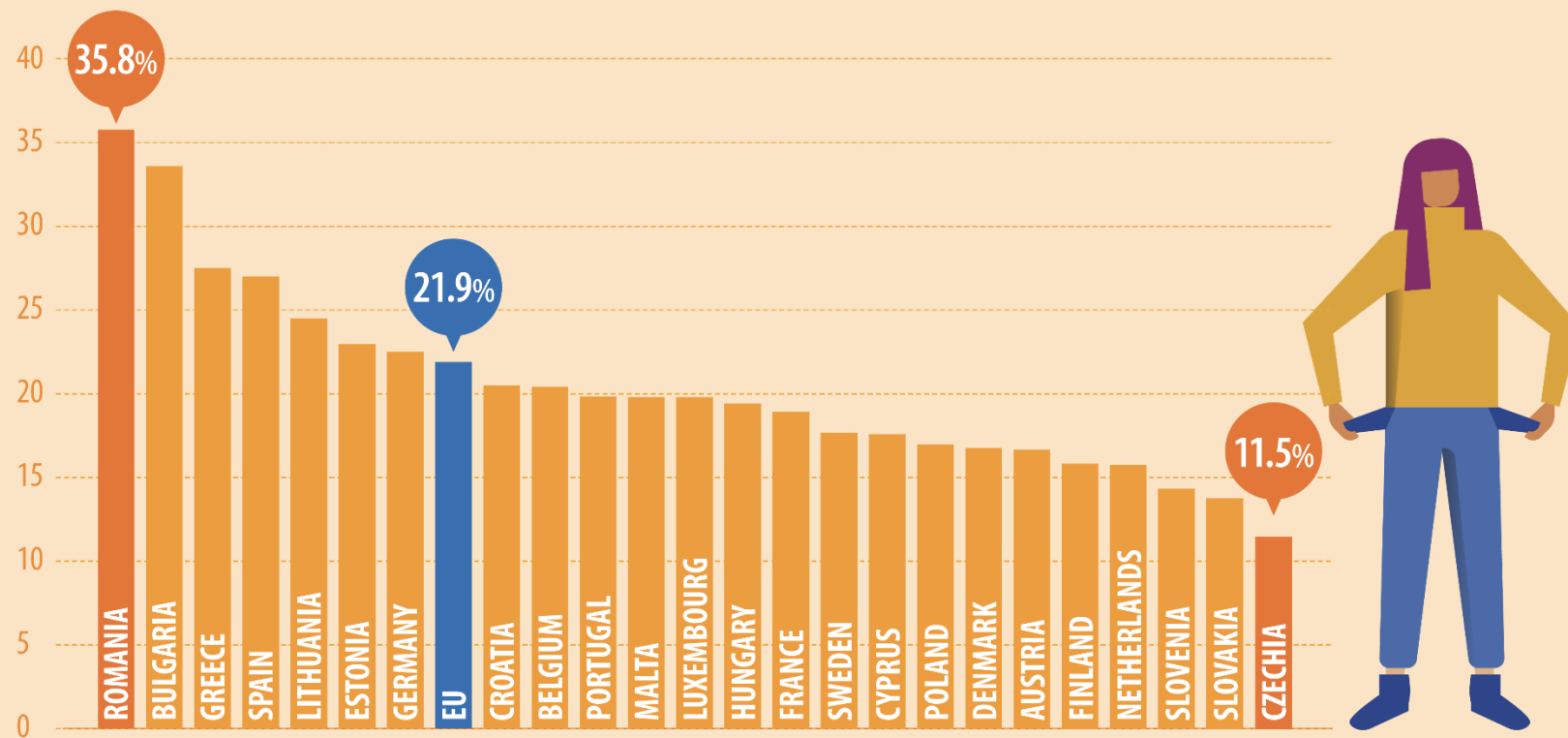
Erhaltung von Status- und Gruppenunterschieden

Zahlen zu Armut und Ungleichheit

Zusammengefasster Indikator:

People at risk of poverty or social exclusion in the EU, 2020

(% of total population)



Provisional values: France, Croatia, Netherlands Poland, Slovakia
No data: Ireland, Italy, Latvia

ec.europa.eu/eurostat 

Folgen für die Nachhaltigkeitsdebatten

- Wohnen

Gemeinnütziger Wohnbau Stadt Salzburg

- 10,86 Euro pro m² im gemeinnützigen Wohnbau (gW)
- 15,60 Euro pro m² auf dem privaten Wohnungsmarkt
- Preise im gW steigen mit privater Preisentwicklung mit
- Lange Phasen der Ausfinanzierung
- 75% gW; 25% privater Markt zur Finanzierung der gW-Projekte

Folgen für die Nachhaltigkeitsdebatten

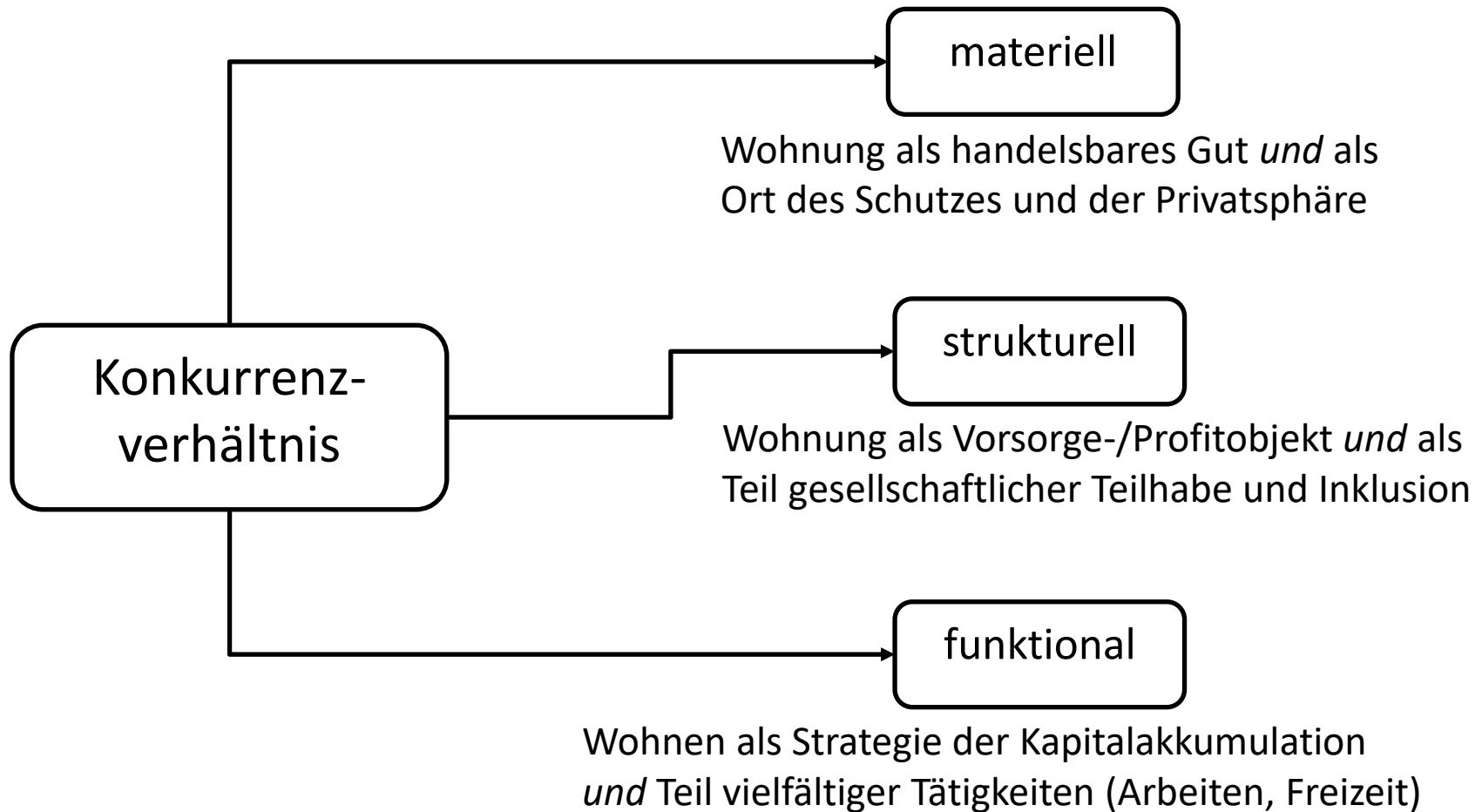
- Wohnen

Stadt Salzburg

- In den letzten 40 Jahren ist
 - die Zahl der Wohnungen um 48 % gestiegen (um 28.611)
 - die Zahl der Einwohner um 12 % gestiegen (um 16.320)
 - 50 % Ein- und Zweifamilienhäuser
- Wachsender Anteil an Kurzzeitvermietungen
- Wachsender Anteil an Nebenwohnsitzen
- 4 % Wohnungsleerstand (ca. 3.500 Wohnungen)

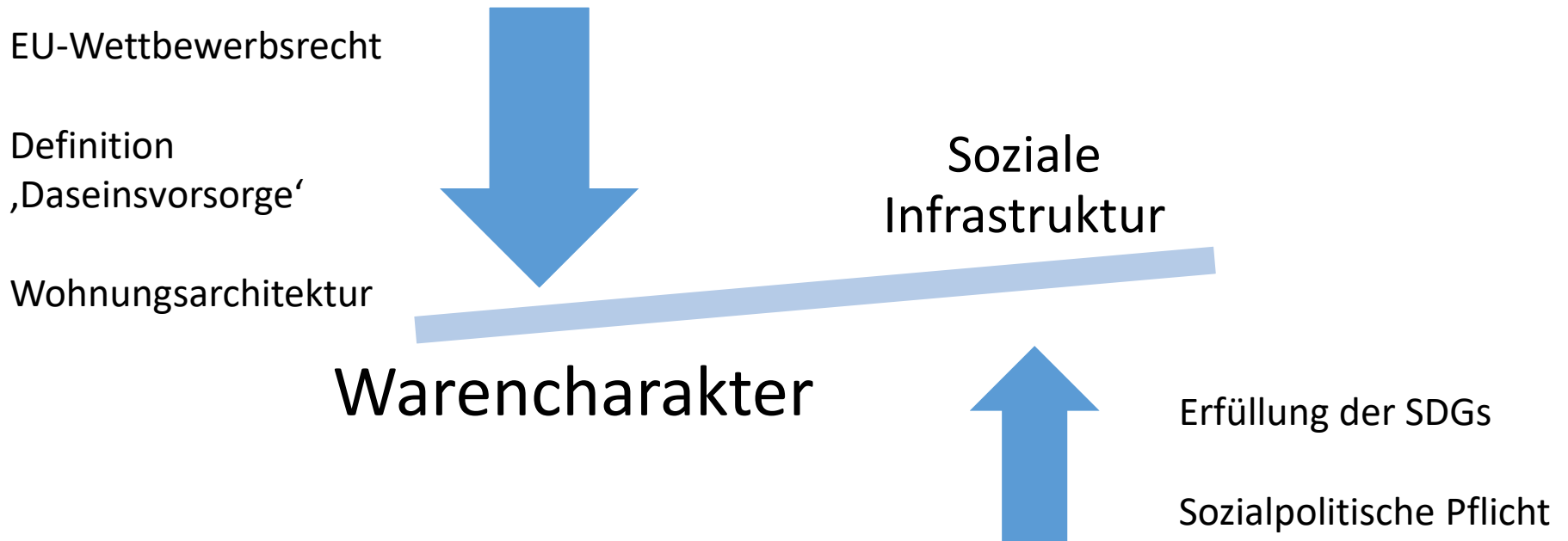
Folgen für die Nachhaltigkeitsdebatten

- Wohnen



Folgen für die Nachhaltigkeitsdebatten

- Wohnen



Die wohnungspolitischen Ziele des Wohnbaus sind nicht auf eine allgemeine Senkung der Wohnungskosten ausgerichtet.

Mehr Wohnungen zu bauen, ist per se nicht sozial und ökologisch nachhaltig

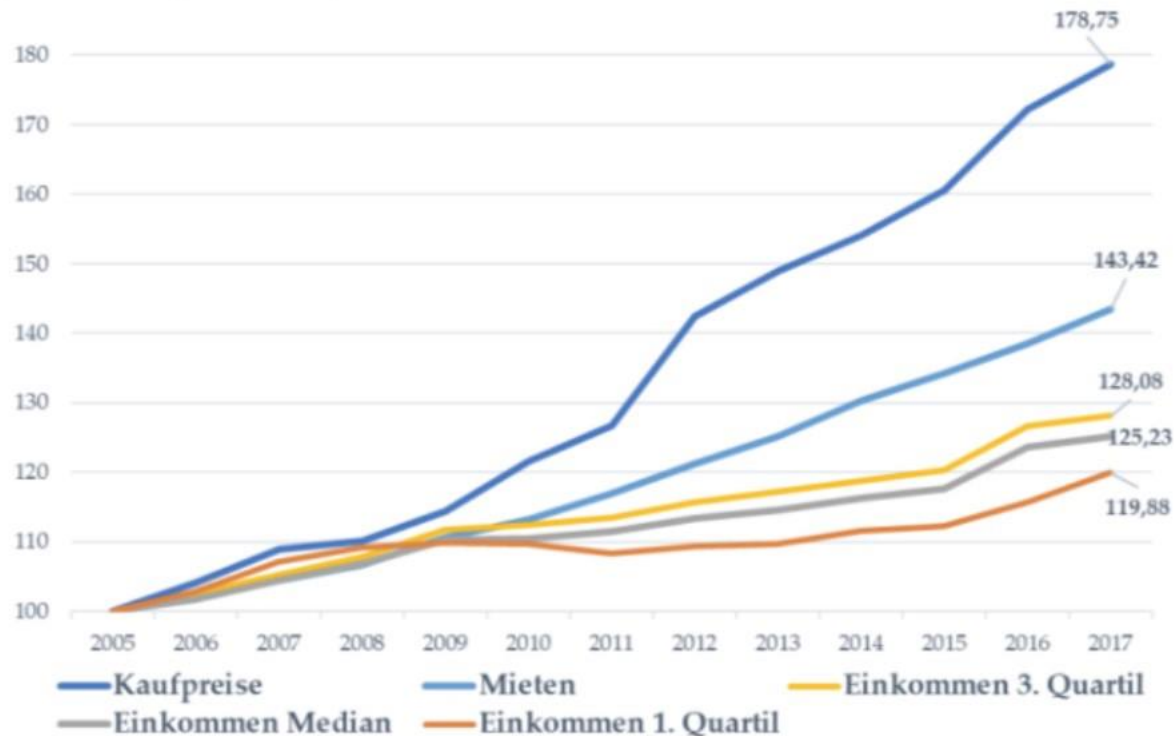
Folgen für die Nachhaltigkeitsdebatten

- Wohnen

Wohnverhältnisse

- Durchschnittliche Wohnfläche pro Wohnung: 100 m²
- Durchschnittliche Wohnfläche pro Person: 45,5 m²
 - Einfamilienhäuser: 73 m²
 - Genossenschaftswohnungen: 36 m²

Mieten, Kaufpreise und Einkommen in Österreich 2005-2017 (2005=100)



Quelle: Statistik Austria, 2019 (Mieten, Einkommen); ÖNB, 2019 (Kaufpreise), eigene Darstellung. Anmerkung: Mieten: Nettomiete inkl. Betriebskosten von Hauptmietwohnungen pro m² laut Mikrozensus, verschiedene Jahre. Kaufpreise: Bezogen auf Immobilienpreise gesamt laut ÖNB, 2019. Einkommen: Nominelle Nettojahreseinkommen der unselbstständig Beschäftigten laut Lohnsteuerstatistik.

Folgen für die Nachhaltigkeitsdebatten

- Wohnen

Marktanteil der GBV



Marktanteile am Mietwohnungsmarkt (Österreich)

■ Genossenschaftswohnung ■ Gemeindewohnung ■ Private Hauptmiete

